

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. einschließlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Die Bezahlungen und Postgebühren sind zu leisten. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Wiederverkauf erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Die 3-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Pf. Anzeigen in den ersten 10 Tagen und Nachweisungsgebühr 20 Pf. Anzeigen in den ersten 10 Tagen und Nachweisungsgebühr 20 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben über keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 73 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 27. März 1933

## Das Fettgeld.

Im deutschen Volk wird heute mehr Margarine konsumiert als Butter. Aus dem „Erfag“ ist etwas geworden, was den Fettmarkt beherrscht. Nie ist der Butterpreis so niedrig gewesen wie jetzt und infolgedessen produziert der Landwirt zu einem Preis, der die Herstellungskosten nicht im entferntesten deckt. So etwas kann vielleicht für eine kürzere Zeit geschehen, aber wenn es lange und immer noch länger anhält, dann zerschlägt der unter die Herstellungskosten gedrückte Preis schließlich die landwirtschaftliche Produktionskraft und -möglichkeit überhaupt. Für Deutschland die „Nahrungsfreiheit“, die Ernährung aus einheimischer Erzeugung, herbeizuführen, ist aber nicht nur wirtschaftliches Ziel, sondern auch ein nationalpolitisches.

Die einheimischen Erzeugnisse und -möglichkeiten stärkstens zu steigern, ist schon deswegen notwendig, weil die Abhängigkeit für unseren Außenhandel immer geringer und schwächer werden und gar keine Aussicht dafür besteht, daß es in und mit der Weltwirtschaft grundlegend besser wird. Gerade darum ist es selbstverständlich ein auf die Dauer volkswirtschaftlich untragbarer Zustand, daß die Versorgung des deutschen Volkes mit Fettstoffen zu 60 Prozent durch ausländische Erzeugnisse gedeckt wird. Ebenso untragbar ist es, daß von der Art dieser Deckung der Preis inländischer Erzeugnisse wesentlich beeinflusst wird. Alle Versuche, der deutschen Landwirtschaft mittels Zoll- und Einfuhrkontingentierung einen auch nur einigermaßen ausreichenden Butterpreis zu verschaffen, mühen sich so lange zur Erfolglosigkeit verurteilt sein, als der Konsum jedes Stieges des Butterpreises damit beantwortete, daß er nach der Margarine hinüber „auswich“. In allerletzter Zeit, als der Zoll auf Schmalz ein Anzeichen der Preise für die natürlichen Fette herbeiführte, hat es gar nicht lange gedauert, bis infolge des Druckes vom Margarinemarkt her die Preise von neuem sanken und einen früher nie auch nur geahnten Tiefstand erreichten.

Die Abhängigkeit außerdem des gesamten Fleischmarktes von den Zuständen auf dem Fettmarkt ist auch dem wirtschaftlichen Vollen nicht unbekannt, so daß sich der Druck vom Margarinemarkt her über die ganze agrarische Veredelungswirtschaft ausdehnt und eine auch noch so geringe Rentabilität gerade der bäuerlichen Mittel- und Kleinbetriebe unmöglich macht. Die Wiederherstellung der Rentabilität in den landwirtschaftlichen Betrieben ist unbedingt notwendig; sie mag für den Konsumenten hart sein, aber das Schicksal, das das ganze deutsche Volk trafe, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit diesen Härten gar nicht zu vergleichen“, hatte der Reichskanzler Adolf Hitler in der großen Regierungserklärung dargelegt; an eine solche Wiederherstellung der Rentabilität ist aber nicht zu denken, wenn sie nicht von einer Sanierung der Zustände auf dem Fettmarkt ausgeht.

Diese Sanierung ist durch einen derartigen Eingriff in die Margarineerzeugung, den Handel und den Verbrauch selbst erfolgt, wie ihn die deutsche Wirtschaft bisher kaum ein zweites Mal erfahren hat. Auf der einen Seite wird die Erzeugung, die heute etwa 500 000 Tonnen Margarine umfaßt, um mindestens 40 Prozent eingeschränkt. Der gesamte Handel wird abhängig von einem Reichsmonopol und der Verbrauch erfährt eine starke Verschiebung dadurch, daß die Margarinesteuer eingeführt wird. Es kann nicht scharf genug unterstrichen werden, daß diese Besteuerung eines Erzeugnisses, das im wesentlichen aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wird, irgendwelche finanzpolitischen Gründe nicht hat und nicht haben soll, sondern den Konsum aus sozialpolitischen Gründen regulieren soll. Denn der Ertrag der ganzen Steuer dient nur dazu, um die Verteuerung des Margarinekonsums für jene Klassen der Bevölkerung auszuscheiden, deren Kaufkraft auf dem tiefsten Niveau des Möglichen steht und die deshalb nicht in der Lage wären, eine Verteuerung der Margarine zu tragen. Das schätzungsweise etwa zweihundert Millionen betragende „Fettgeld“ hat aber auch den wirtschaftspolitischen Zweck, überhaupt die Margarine, soweit sie noch produziert werden darf, jenen Kreisen zuzuführen, die auf dieses billige Nahrungsmittel angewiesen sind.

## Keine Gehaltszahlung an die Mitglieder der Braun-Regierung.

Die zuständigen Stellen haben veranlaßt, daß im Zusammenhang mit den Nachforschungen nach dem Verbleib des 2-Millionen-Fonds vorläufig keinerlei Gehaltsbezüge an die Mitglieder der früheren preussischen Regierung Braun ausgezahlt werden. Da diese Bezüge für jeden Monat in zwei Raten, und zwar am 1. und 20., gezahlt wurden, hat der frühere Ministerpräsident Braun am 1. März das letzte Mal Zahlungen aus der Staatskasse erhalten. Die früheren Staatsminister beabsichtigen, ihre Rechtsvorbehalte wegen der Zahlungsstörung anzumelden.

## Gemeine Lügen!

### Gegen die Grenselpropaganda in Amerika.

Erklärungen aus der nächsten Umgebung Hitlers.

Im Auftrage des Reichskanzlers Hitler gab der Auslandspresschef der NSDAP, Hans Hängel, in einem transatlantischen Telefoninterview mit dem Generaldirektor des International News Service Erklärungen zu den Gerüchten über Judenverfolgungen in Deutschland ab.

Auf die Frage: „Sind die Berichte über angebliche Judenmishandlungen in Deutschland wahr oder unwahr?“ antwortete er:

„Der Reichskanzler hat mich autorisiert, Ihnen zu erklären, daß alle diese Berichte in ihrer Gesamtheit gemeine Lügen sind.“

Im Verlauf unserer gegenwärtigen nationalen Revolution, die wohl die friedlichste und ruhigste verlaufene der Weltgeschichte war, haben sich unvermeidliche Zusammenstöße zwischen kleinen Gruppen politischer Gegner ereignet. Keinesfalls aber hat es irgendwelche unterschiedliche Behandlung von Juden oder Nichtjuden gegeben, seien sie nun christlichen oder eines anderen Glaubens, Stammes oder Rasse gewesen. Tatsächlich hat unsere SA in vielen Fällen ihr eigenes Leben aufs Spiel gesetzt, um das Leben und das Eigentum politischer Gegner zu schützen, unter denen sehr wohl auch einige Juden gewesen sein können.“

Die nächste Frage lautete: „Macht Ihre Regierung Unterschiede zwischen Juden, die sich dem Gesetz fügen, und solchen, die die politischen Ziele des gegenwärtigen Regimes bekämpfen?“ Antwort: „In keiner Weise machen wir Unterschiede zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung.“

Frage: „Bezieht sich die von Präsident Hindenburg proklamierte Amnestie, durch die Nationalsozialisten und Nationalisten, die Straftaten zur Förderung der nationalen Revolution begangen haben, freigelassen werden, auch auf Nationalsozialisten, die Amerikaner angegriffen haben?“

Antwort: „Soweit ich weiß, hat Votschaffer Sadeit nach Washington berichtet, daß seit dem 11. März keine Verhaftungen von Amerikanern vorgekommen sind. Auch frühere bedauerliche Zwischenfälle ereigneten sich, ohne daß die Angreifer wußten, daß ihre Gegner Amerikaner waren. Einzelne dieser Fälle schweben noch. In einigen Fällen sind die Angreifer tatsächlich amnestiert worden.“

Frage: „Können in der gegenwärtigen Lage Männer wie Lion Feuchtwanger und Einstein nach Deutschland zurückkehren, ohne belästigt zu werden?“

Antwort: „Diese Frage kann ich nicht beantworten. Darüber haben die Gerichte zu entscheiden. Es ist sehr bedauerlich, daß diese beiden Männer im Auslande sich so abfällig über Deutschland äußerten.“

Frage: „Hier sind Berichte verbreitet, daß die Regierung alle Juden aus öffentlichen Ämtern entsetzt. Sind diese Berichte wahr?“

Antwort: „Der beste Beweis für die Falschheit dieser Berichte ist die Tatsache, daß noch heute viele hohe amtliche Stellen von Juden besetzt sind.“

Frage: „Es sind hier Berichte verbreitet, nach denen es den in der Pfalz lebenden Juden verboten worden ist, ihre Depositen von den Banken abzuheben. Auch sollen sie mit Ausweisung bedroht worden sein. Sind diese Berichte wahr?“

Antwort: „Ich weiß wirklich nicht, woher alle diese lächerlichen Berichte kommen.“

Auf Einzelfragen über Verfolgung von Juden entgegnete Hans Hängel:

„Die Untersuchungen der schwedischen wie der holländischen Vertretung haben ergeben, daß nicht ein einziger Jude getötet oder verletzt worden ist. Jeder Reisende kann sich selbst davon überzeugen, daß nie so viel Frieden und Ruhe während der ganzen vierzehn Jahre sozialistischer Herrschaft geherrscht hat, wie während der letzten Wochen, mit Ausnahme der ersten paar heftigsten Tage.“

Zum Schluß möchte ich dann ganz allgemein sagen, daß viele Juden und jüdische Organisationen unsere Regierung unterstützen, weil sie eingesehen haben, daß die einzige Alternative zur Regierung der nationalen Revolution kommunistische Terrorherrschaft wäre.“

### Grenselmeldungen widerlegt.

Vapen fahelt nach Amerika.

Auf eine telegraphische Anfrage der Deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York betreffend angebliche Übergriffe gegen amerikanische Geschäftsinteressen

hat Vizekanzler von Vapen in einem ausführlichen Kabel geantwortet, daß diese Nachrichten jeder Begründung entbehren. Das Geschäftsleben verlaufe durchaus normal, und irgendwelche Klagen über Verletzung amerikanischer Interessen seien auch von der Berliner amerikanischen Handelskammer nicht gemeldet worden.

Vizekanzler von Vapen nimmt dann weiter scharf Stellung gegen die im Ausland verbreiteten Grenselmeldungen und betont, daß die nationale Revolution, deren Ziel sei, Deutschland von schwerer kommunistischer Gefahr zu befreien und die Verwaltung von minderwertigen Elementen zu säubern, sich in bemerkenswerter Ordnung vollzogen habe.

Gewiß seien einige besagene Übergriffe vorgekommen, die aber nach der scharfen Erklärung des Reichskanzlers vom 12. März unterblieben seien. Hunderttausende von Juden lebten in Deutschland völlig unbehelligt, und der Betrieb in zahlreichen jüdischen Geschäften und Verlagshäusern verlaufe normal und ungehindert.

Minister Göring vor der Auslandspresse.

Der kommissarische preussische Innenminister Göring empfing die gesamte ausländische Presse, soweit sie durch offizielle Korrespondenten in Berlin vertreten ist, um ihnen bedeutsame Erklärungen über die Vorgänge in Deutschland abzugeben, die zugleich dazu dienen sollten, die Grenselmeldungen im Ausland über Pogrome in Deutschland zu widerlegen. Göring erklärte einleitend, die Regierung sei erschrocken, empört und schließlichsatzungslos gewesen über das, was im Auslande über die Zustände in Deutschland geschrieben werde. In Wirklichkeit habe Deutschland seine Auferstehung gefeiert.

Seit dem 30. Januar habe sich eine Revolution in Disziplin vollzogen und, abgesehen von einigen bedauerlichen Ausnahmen, sei in Deutschland niemandem etwas zuleide getan worden. Er bestreite nicht, daß mehrere tausend kommunistische Funktionäre verhaftet worden seien, aber diese würden genau so behandelt wie jeder andere Gefangene auch. Wo Übergriffe vorgekommen seien, habe die Regierung alles getan, um diese Vorgänge abzustellen. Es habe auch Fälle gegeben, wo Juden festgenommen und geschlagen worden seien. Er könne aber versichern, daß bereits eine ganze Reihe Angehöriger nationaler Verbände, die sich Übergriffe hätten zuschulden kommen lassen, bestraft und entlassen worden seien. Wo etwas geschehen sei, habe die Regierung durchgegriffen. Alle die völlig entstellten Gerüchte hätten ihren Ursprung in den internationalen Beziehungen marxistischer Kreise. Aber auch vom Judentum selbst sei im Auslande eine Hege gegen Deutschland inszeniert worden.

Angeblieh werde das deutsche Volk unterdrückt, während in Deutschland in Wirklichkeit ein politischer Frühling angebrochen sei! Wenn heute nicht etwas gewählt werden würde, dann würden nicht zwanzig, sondern dreißig Millionen Deutsche für die nationale Regierung stimmen. Die Welt müsse Deutschland danken, daß es die abendländische Kultur vor dem Bolschewismus gerettet habe.

### Freiherr von Neurath über die ausländische Besspropaganda.

Interview des Berliner Chefkorrespondenten der „Associated Press“ mit dem Reichsaußenminister.

Associated Press, die amerikanische Nachrichtenagentur, veröffentlicht ein Interview, das ihr Berliner Chefkorrespondent Louis B. Lohner in Deutschland mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath gehabt hat: Lohner hatte folgende Frage gestellt: Wie stellt sich die Reichsregierung zu den durch die Auslandspresse verbreiteten Meldungen über die angeblich in Deutschland täglich vorkommenden Terrorakte gegen Andersdenkende und insbesondere gegen Juden? Freiherr von Neurath hatte darauf u. a. erwidert:

Um jeder einzelnen dieser böswilligen und tendenziösen Falschmeldungen auf den Grund zu gehen und sie zu dementieren, reicht selbst der bestorganisierte Verwaltungsapparat nicht aus. Ich kann mir diese zur Zeit gegen die deutsche Regierung entfaltete Propaganda nicht anders erklären, denn als eine bewußte und plötzliche Wiedergeburt der während des Weltkrieges betriebenen Heftpropaganda. Wie die belgischen Grenselmärdchen von abgedackten Anderarmen sprachen, so wird heute von angeblich ausgehönten Augen und abgeschliffenen Ohren gesprochen. Man sollte eigentlich glauben, daß das ausländische Publikum, dem